



CLAUS KNEZY

Fürs Klima das Richtige tun

Gastautor Gegen staatliche Eingriffe, die die Wirtschaft schwächen



URS NÄF

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Der Gebrauch fossiler Energien ist eine wichtige, aber nicht die einzige Ursache dafür. Die Land-

nutzung, die Abholzung von Tropenwäldern, der umweltgefährdende Umgang mit Abfällen und vieles mehr tragen ebenso dazu bei. Waren bis heute vor allem die Industrieländer für den Klimawandel verantwortlich, werden es in Zukunft zunehmend die Schwellen- und Entwicklungsländer sein. Eindimensionale Lösungsansätze, die sich beispielsweise nur auf den Energieverbrauch oder nur auf die Industrieländer konzentrieren, können dem Problem nicht gerecht werden. Das Kyoto-Protokoll wäre ein stumpfes Instrument, wenn es nur auf staatliche Massnahmen der Industrieländer begrenzt wäre. Die im Kyoto-Protokoll vorgesehenen Möglichkeiten zum Handel mit Emissionszertifikaten und zu Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern sind entscheidende Schritte in Richtung einer internationalen Klimapolitik.

Um das Klimaproblem jedoch umfassend in den Griff zu bekommen, muss es als Nächstes gelingen, wesentlich mehr Länder und alle klimarelevanten Aktivitäten einzubeziehen. Dafür sind mehr Anreize zum Mitmachen erforderlich. Die Androhung von Sanktionen sowie eindimensionale und wenig differenzierte Lastenverteilung verführen dagegen zum Trittbrettfahren und Abseitsstehen – eine wichtige Lehre aus dem Kyoto-Protokoll. Die vom internationalen Klimarat IPCC geforderte Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020 und um 50 Prozent bis 2050 mögen wissenschaftlich korrekt sein. Ihre direkte Umsetzung in politische Programme wirkt jedoch in erster Linie abschreckend. Angesichts der eher dürftigen Zwischenbilanz der Ziel-

erreichung des Kyoto-Protokolls liegen die vom IPCC vorgeschlagenen, weit höheren Reduktionsziele für die meisten Industrieländer ausserhalb des realisierbaren Bereichs. Entwicklungs- und Schwellenländer sehen sich zudem bei solchen Zielsetzungen ihrer zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Die Strategie der EU, Treibhausgase bis 2020 im Alleingang um 20 Prozent oder in Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Emittenten gar um 30 Prozent zu reduzieren, hat bisher nicht verfangen. Auch wenn die EU als Ländergruppe in der Lage wäre, mittels interner Umschichtung der Lasten ein solches Ziel zu erreichen, heisst das freilich nicht, dass andere Länder wie Japan oder die USA mitziehen können. Diese Hürde dürfte angesichts der heutigen Möglichkeiten und des Zeithorizonts von nur 12 Jahren einfach zu hoch sein.

Um in den internationalen Verhandlungen

Selbstverständlich muss auch die Schweiz **ihre Hausaufgaben machen** und bekannte Hindernisse endlich beseitigen

gen zugunsten des Klimaschutzes dennoch einen Schritt weiterzukommen, sollte erst gegen Verhandlungsende darüber entschieden werden, welches Land welche Beiträge zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen kann und auch tatsächlich beitragen wird. Erst wenn gemeinsames Wissen und gegenseitiges Vertrauen darüber besteht, wie der Herausforderung des Klimawandels begegnet werden soll, kann entschieden werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie entspricht in etwa auch dem anlässlich der Klimakonferenz in Bali letzten Dezember ausgearbeiteten Vorgehensplan. Die Schweiz täte gut daran, auf ihrer bisherigen Klimapolitik aufzubauen. Trotz Wirtschaftswachstum von über 20 Prozent und einer Zunahme der Bevölkerung um mehr als 10 Prozent blieb der Zuwachs an Treibhausgasemissionen seit 1990 vergleichsweise

bescheiden. Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft werden massgeblich dazu beitragen, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll bis 2012 einhalten wird. Dazu zählen die Aktivitäten der Energie-Agentur der Wirtschaft, die Branchenvereinbarung der Zementindustrie sowie des Klimarappens, der wirksame Emissionsreduktionen im In- und Ausland finanziert. Der Herausforderung des Klimawandels kann nur mit Technologie entgegengetreten werden. Hierzu hat der Wirtschaftsstandort Schweiz einiges anzubieten. Auch für Versicherungslösungen und in Fragen der Finanzierung zur Anpassung an den Klimawandel ist in der Schweiz sehr viel Wissen vorhanden. Günstige Rahmenbedingungen, die es erlauben, solche Trümpfe international einzusetzen, bringen viel mehr als die Einengung der Wirtschaft und eine einseitige Verschlechterung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche Eingriffe.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Schweiz ihre Treibhausgase bis 2020 um weitere 20 Prozent reduzieren kann und dafür nur eine möglichst hohe Umweltabgabe einführen muss. Solche tragen wenig zum Klimaschutz bei und sind nicht kosteneffizient. Dies hat ein vom Uvek selber kürzlich veröffentlichter internationaler Vergleich gezeigt. Auch ein 2007 publizierter Bericht des IPCC und eine von Prof. Straubhaar durchgeführte Studie zur ökologischen Steuerreform in der Schweiz kommen zum gleichen Schluss. Selbstverständlich muss auch die Schweiz ihre Hausaufgaben machen und bekannte Hindernisse beim Mietrecht oder beim Import von Biotreibstoffen endlich beseitigen und sich die Öffnung zum internationalen Klimaschutz und zum Emissionshandel nicht wieder verbauen.

Urs Näf, lic rer. pol., stellvertretender Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik, Bildung, Energie beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse